

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften am
03.06.2003**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Zeit: 17:00 Uhr bis Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 30.4.2003
3. Gründung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zum 01.07.2003
Vorlage: III/2003/03183
4. Verwiesene Vorlage (SR am 20.11.2002)
Antrag der CDU - fraktion
Betreffend das Verfahren Lease in - Lease out
Vorlage - Nr.: III/2002/02862
5. Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen

zu 1 Genehmigung der Niederschrift

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 06.05.2003, öffentlicher Teil, wurde bestätigt.

zu 2 Bestätigung des Protokolls der Sondersitzung vom 30.4.2003

Beschluss:

Das Protokoll der Sondersitzung vom 30.04.2003 wurde bestätigt.

**zu 3 Gründung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zum 01.07.2003
Vorlage: III/2003/03183**

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zur Gesamtvorlage (mit geändertem Beschlussvorschlag):

5 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung
einstimmige Zustimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dem geänderten Beschlussvorschlag zur Gründung der Stadtmarketing GmbH zuzustimmen.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin, Frau Häußler, gab eine kurze Erläuterung zum Ziel der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und speziell zur Vorlage:

- Stadt, weitere öffentliche Institutionen und private Geldgeber (Wirtschaft) werden sich an der Finanzierung beteiligen.
- Der Verein „Pro Halle“ ist gegründet.
- Die Einbindung des Halle Tourist e. V. ist geklärt sowie die Übernahme des Personals und der Aktivitäten in die GmbH.
- Der Geschäftsführer ist ausgeschrieben.
- Die Modalitäten zur Auswahl des Geschäftsführers stehen fest.
- Dank an die vielen freiwilligen Helfer für die gute Vorbereitung.

In der anschließenden Diskussion ging es um folgende Schwerpunkte:

Anfrage Herr Heft zu

- „gewöhnliche Geschäftsführertätigkeit“ – Höhe der Summe über die der Geschäftsführer verfügt:

Antwort:

Die Festlegung ist von den Gesellschaftern so gewollt.

Es ergeht eine Anregung an die Verwaltung:

Der Verfügungsrahmen sollte 10 % des Gesamthaushaltes betragen also rund 100.000 Euro. Das wird die Verwaltung mit den Gesellschaftern diskutieren.

Anregung von Herrn Müller:

Aus dem Beschlussvorschlag sollte hervorgehen, dass die Wirtschaft in Zukunft die Mehrheit an der Gesellschaft übernimmt.

Antwort:

Das wird in die Vorlage hineinformuliert (siehe weiter unter, Abstimmung zur Änderung)

Anfrage Frau Dr. Haerting nach

- Fördermittel Wirtschaft:
Antwort:
Das sind die Zuwendungen aus der Wirtschaft.
- Einbindung von Uni und „Burg“:
Antwort:
Diese Institutionen haben keine finanziellen Möglichkeiten zur direkten Beteiligung, sind aber über den Verein „Pro Halle“ und den Beirat bereits eingebunden.
- Sachverstand und zukünftiger Rolle der Mitarbeiter von Halle Tourist e. V.:
Antwort:
Die Mitarbeiter von Halle Tourist e. V. erledigen hauptsächlich wie bisher technische Dinge. Das kreative Marketinggeschehen wird bestimmt durch den künftigen Geschäftsführer, der dann auch über die Abteilungsleiter den entsprechenden „Sachverstand“ einstellen muss und wird.

Bei allen Stadträten bestand Übereinstimmung, dass der zukünftige Geschäftsführer seinen Wohnsitz nach Halle legen sollte. Das wird auch ein Findungskriterium sein:

Anfrage zur Nachschusspflicht der Gesellschafter:

Antwort:

Es besteht kein Automatismus zur Nachschusspflicht. Der Geschäftsführer kann nur über die vorhandenen Zuschüsse verfügen.

Nach Abschluss der Diskussion wurde folgende Änderung vorgeschlagen:

Damit das Ziel der Mehrheitsübernahme an der GmbH durch die private Wirtschaft deutlicher zum Ausdruck kommt, wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert:

Pkt. 1, erster Satz: Aus „Stammkapital“ wird „Gründungskapital“

Pkt. 1, zweiter Satz wird ergänzt um den Zusatz: „bei Gründung der GmbH“

**zu 4 Verwiesene Vorlage (SR am 20.11.2002)
 Antrag der CDU - fraktion
 Betreffend das Verfahren Lease in - Lease out
 Vorlage - Nr.: III/2002/02862**

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion:

4 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

mehrheitliche Zustimmung.

Mehrheitlich empfiehlt der Ausschuss dem Stadtrat, dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zuzustimmen, wonach die Stadtverwaltung kurzfristig entsprechende Umsetzungsvorschläge erarbeitet.

Beschluss:

Frau Waldt, FB Finanzservice, machte folgende Ausführungen:

- Zu geeigneten Objekten kann noch keine Aussage gemacht werden. Die Prüfung durch das ZGM läuft noch.
- Es hat ein großer Erfahrungsaustausch der betroffenen Kommunen stattgefunden. Aus diesem Erfahrungsaustausch sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:
 - Es gibt einen Teil von Risiken, die nicht vorhersehbar sind, z. B. die künftigen Quellensteuern.
 - Alle anderen Risiken sind beherrschbar, wenn der entsprechende Sachverstand eingeschaltet wird.
 - Alle bisherigen Verträge haben für die Kommunen Vorteile gebracht (auch für Leipzig)

Im Namen der Antragstellerin forderten die Stadträte Herr Kautz und Herr Köhler nochmals, alles zu unternehmen, was der Stadt finanzielle Mittel bringt.

Herr Heft bezweifelte, dass der notwendige Sachverstand vorhanden sei.

Abschließend erklärte Frau Waldt sich bereit, die Fraktionen über den o. g. Erfahrungsaustausch zu informieren.

zu 5 **Anfragen von Stadträten**

Beschluss:

Anfrage Frau Dr. Haerting nach den Schreiben der Oberbürgermeisterin (siehe Protokoll 6. Mai, TOP 1 und TOP 2):

Die Schreiben bezüglich der Uni an die Landesregierung und an Minister Stolpe sowie bezüglich Ammendorf an die Konzernleitung von Bombardier sind noch in der selben Woche herausgeschickt worden.

zu 6 Mitteilungen

Beschluss:

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13
